

Arbeitskreis II

"Struktur- und Regionalpolitik"

verantwortlich: Eva Bulling-Schröter, MdB

16. Oktober 2015

Hintergrund zum Fachgespräch „Gegenwind für Windkraft – was tun?“ 9. November 2015, Berlin

Im Bundesdurchschnitt wird die Energiewende von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, dies haben Studien vielfach bewiesen. Der Zuspruch sinkt allerdings nicht selten, wenn der Wandel vor dem eigenen Gartenzaun grüßt. Etwa wenn durch Windkraftanlagen oder neue Stromtrassen die seit Kindertagen gewohnten Sichtachsen verstellt werden, wenn Galerien von PV-Dächern von weither blitzen, wenn offen sichtbare Technik in davon bislang eher unberührten Räumen einzieht.

Viele Argumente von Windkraftgegnern - etwa bezüglich Schatten oder Schall - lassen sich weitgehend entkräften oder relativieren. Zudem wurden bereits mildernde Regelungen auf den Weg gebracht, etwa zur möglichen Nutzung von kleinen Radaranlagen an Stelle ununterbrochener nächtlicher Befeuerung. Richtig ist zudem, dass unsere Gesellschaft, will sie den Klimawandel begrenzen, damit leben lernen muss, dass das Ernten der Primärenergien immer weniger versteckt stattfindet, etwa in ausländischen Ölfeldern oder in Kohlegruben tief unter der Erde. Die erste Stufe der Energieerzeugung wird künftig sichtbarer sein. Dennoch bleiben insbesondere Windkraftanlagen ein Eingriff in das Landschaftsbild. Ihr massiver Ausbau muss in einer demokratischen Gesellschaft auf Akzeptanz stoßen, auch vor Ort. Und eben dies könnte sich als problematisch erweisen.

Schon heute fühlen sich einige Gemeinden im Norden und Osten Deutschlands von Windparks umzingelt. Zudem findet sich für manch naturschutzfachliches Problem nur schwer eine Lösung. Die installierte Leistung von Windkraft und Photovoltaik muss jedoch noch deutlich steigen, soll bundesweit eine Vollversorgung mit Ökostrom funktionieren. Allein im dünn besiedelten Brandenburg werden aber bereits 64 Bürgerinitiativen gegen die Windkraft aufgelistet. Bundesweit sollen es rund 500 sein. Es dürfte also kein allzu weit hergeholtes Szenario sein, dass die Energiewende am Ende nicht an technisch-ökonomischen Fragen scheitern könnte, sondern an fehlender Akzeptanz. Der notwendige stärkere Ausbau im Süden kann das Problem im Nordosten vielleicht etwas entschärfen. Doch dort weht eben auch weniger Wind, was tendenziell mehr Anlagen erfordert.

Die Landtagsfraktionen der LINKEN und ihre Kolleginnen in den anderen Fraktionen stecken hier wohl strategisch ähnlich in der Zwickmühle, wie potentiellen Erzeuger von Ökostrom oder Umweltverbände. Vermeintliche Lösungen wie 10-H-Abstandsregelung in Bayern kommen zumindest für die LINKE nicht in Frage, weil sie den Zubau erdrosseln.

Letztlich kann und muss die Planung und Bürgerbeteiligung von Windeignungs- bzw. Ausschlussgebieten sowie der Anlagen selbst intensiver und schlauer werden. Unser Fachgespräch will ausloten, welche guten Erfahrungen diesbezüglich gemacht wurden und welche neuen Wege hier gegangen werden könnten.

Das Fachgespräch soll folgende Fragen beantworten helfen:

Wie kann man den Ausbau so vorantreiben, dass die Ausbauziele erreicht werden, ohne dass der Widerstand weiter anschwillt?

Wie kann der Ausbau – selbstverständlich unter Beachtung immissionsschutzrechtlicher und naturschutzfachlicher Belange – intelligenter gestaltet werden? Reichen die vorhandenen raumplanerischen und genehmigungsrechtlichen Instrumente dafür aus? Wie lassen sich Eingriffe in das Landschaftsbild minimieren?

Um sich diesen Fragen zuzuwenden muss zudem geklärt werden, wie hoch die „Belastung“ wahrscheinlich in den verschiedenen Regionen in den nächsten Jahrzehnten noch grob anwachsen wird. Mit wie vielen Masten in welcher Höhe ist also unter Berücksichtigung von Repowering noch zu rechnen? Wo werden diese voraussichtlich stehen?

Und auch: Mit welchen Instrumenten kann die Zahl der Windkraftanlagen an Land minimiert werden? Hier käme die Haltung zu Offshore und zum internationalen Stromverbund auf die Tagesordnung, aber auch die Chancen bzw. Hemmnisse und die (vermutlich sehr hohen) Kosten, mittels einem forcierten Ausbau von Photovoltaik in Verbindung mit Speichern einen Teil der WKA überflüssig zu machen.